

Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

RESOLUTION der Süddeutschen Jährlichen Konferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland

Auf der Tagung der Süddeutschen Konferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche vom 18. bis 22. Mai 2011 nahmen die Delegierten mit Bedauern zur Kenntnis, dass auf dem Gebiet unserer Jährlichen Konferenz – im rheinland-pfälzischen Büchel – noch immer US-amerikanische Atomwaffen gelagert sind. Nach der Absichtserklärung in den Koalitionsverhandlungen der CDU-FDP-Regierung gingen wir davon aus, dass sich die Bundesregierung erfolgreich für einen Abzug einsetzen wird. Sie hat dieses Ziel nicht erreicht. Auch die Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Herbst letzten Jahres brachte keinen Fortschritt in dieser Frage.

Dabei gab es in den letzten Jahren Signale der Hoffnung: Politiker wie Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher u. a. riefen 2007 zu einer atomwaffenfreien Welt auf und schlugen praktische Schritte zur Umsetzung vor. Präsident Barack Obama griff zu Beginn seiner Amtszeit das Thema einer nuklearwaffenfreien Welt auf. Der deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.¹

In den Sozialen Grundsätzen der Evangelisch-methodistischen Kirche heißt es: „Wir glauben, dass für die Regierungen bei der Festlegung ihrer Prioritäten menschliche Werte schwerer wiegen müssen als militärische Forderungen: ... Herstellung, Verkauf und Verteilung von Waffen müssen eingeschränkt und kontrolliert werden; Produktion, Besitz und Gebrauch von Atomwaffen müssen geächtet werden.“² Schon zur Zeit atomaren Wettrüstens in den 80er-Jahren äußerte sich der Bischofsrat unserer Kirche dezidiert: [Wir sagen] „ein klares und bedingungsloses Nein zu Atomkrieg und zu jeglichem Gebrauch von Atomwaffen. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass nukleare Abschreckung eine Position ist, die nicht den Segen der Kirche empfangen kann.“³

Neben der grundsätzlichen Ablehnung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen gibt es gewichtige Gründe gegen den politischen Standpunkt, dass atomare Teilhabe (Lagerung von US-amerikanischen Atomwaffen, Bereitstellung deutscher Trägerflugzeuge) notwendig sei. Dieser Standpunkt erschwert es, konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren und zu gehen, weil die Abrüstungskontrolle bei taktischen Atomwaffen sehr komplex ist. Außerdem ist die atomare Teilhabe keine Voraussetzung für ein Mitspracherecht innerhalb der NATO beim Einsatz von Atomwaffen. Des Weiteren untergraben Atomwaffen auf deutschem Boden die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Wie kann die Bundesregierung fordern, dass einige Staaten auf nukleare Abschreckung verzichten, während sich Deutschland unter dem Nuklearschirm der NATO positioniert?

Daher fordern wir die Bundesregierung und die Regierungsparteien auf, endlich den Abzug der Atombomben auf deutschem Gebiet durchzusetzen.

Beginnen Sie unverzüglich, die Modalitäten für den Abzug der verbliebenen Nuklearwaffen mit der amerikanischen Regierung festzulegen!

Setzen Sie ein Zeichen für den in den Koalitionsverhandlungen bekundeten Willen, aktiv an einer weltweiten Abrüstung mitzuwirken! Wir sind uns sicher, dass wir als Kirche mit diesem Wunsch nicht alleine stehen.

Öhringen, den 21. Mai 2011, im Auftrag der Süddeutschen Jährlichen Konferenz

Rosemarie Wenner

Bischofin der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland

Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main

¹ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/1159, 26.3.2010.

² Soziale Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche, Fassung 2008/2010, EmK-Forum, Heft 36, Frankfurt am Main 2010, S 51.

³ Zum Schutz der Schöpfung. Die nukleare Krise und gerechter Friede. Ein Grundsatzdokument des Bischofsrates der Evangelisch-methodistischen Kirche, EmK heute, Heft 52, Stuttgart 1987, S. 139f.